



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Katrin Helling-Plahr
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

— Vorab per E-Mail an: katrin.helling-plahr@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung (,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')

Sehr geehrte Frau Helling-Plahr,

— als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

— Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Michael Hennrich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: michael.hennrich@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung („Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)

Sehr geehrter Herr Hennrich,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

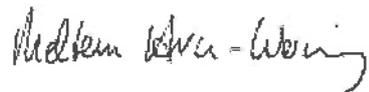
Der BDP hat zu den Themen „elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.

Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Hubert Hüppe
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: hubert.hueppe@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrter Herr Hüppe,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Erich Irlstorfer
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: erich.irlstorfer@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(„Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)**

Sehr geehrter Herr Irlstorfer,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ‚elektronische Patientenakte‘ (ePA) und ‚E-Evidence-Verordnungs-Entwurf‘ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin

Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Dr. Georg Kippels
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: georg.kippels@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz Im Rahmen staatlicher Digitalisierung (,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')

Sehr geehrter Herr Dr. Kippels,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Kristine Lütke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: kristine.luetke@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung („Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)

Sehr geehrte Frau Lütke,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen „elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Matthias Mieves
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: matthias.mieves@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(„Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)**

Sehr geehrter Herr Mieves,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen „elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonthier, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Bettina Müller
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: bettina.mueller@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrte Frau Müller,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Stephan Pilsinger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: stephan.pilsinger@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrter Herr Pilsinger,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Prof. Dr. Armin Grau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: armin.grau@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Grau,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

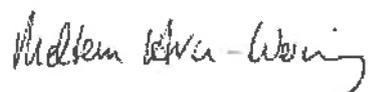
Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.

Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Erwin Rüdgel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: erwin.rueddel@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung (,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')

Sehr geehrter Herr Rüdgel,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Tina Rudolph
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: tina.rudolph@bundestag.de

Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung („Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)

Sehr geehrte Frau Rudolph,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen „elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Kordula Schulz-Asche
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: kordula.schulz-asche@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(„Elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“)**

Sehr geehrte Frau Schulz-Asche,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen „elektronische Patientenakte“ (ePA) und „E-Evidence-Verordnungs-Entwurf“ eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Herrn Tino Sorge
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: tino.sorge@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrter Herr Sorge,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.

Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.



BDP e. V. • Vorstand • Am Köllnischen Park 2 • 10179 Berlin
Deutscher Bundestag
Mitglied Gesundheitsausschuss
Frau Martina Stamm-Fibich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DER VORSTAND

Anschrift: BDP e. V.
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin
Telefon: +49 30 209166-612
Telefax: +49 30 209166-77612
E-Mail: sekretariat@bdp-verband.de

Datum: 25.02.2022

Vorab per E-Mail an: martina.stamm-fibich@bundestag.de

**Gesundheitsdatenschutz im Rahmen staatlicher Digitalisierung
(,Elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf')**

Sehr geehrte Frau Stamm-Fibich,

als Verband mit bundesweit rund 11.000 Mitgliedern und vielen im klinischen Bereich tätigen Psychologinnen und Psychologen sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und psychologischen Psychotherapeuten, verfolgt der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) die Themen rund um das Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) aktiv mit.

Den Prozess der Digitalisierung im Gesundheitswesen sieht der BDP als notwendig an und unterstützt das Vorhaben eines Gesundheitsdatennutzungsgesetzes nach Vorgaben der DSGVO. Dabei sind wir hinsichtlich einiger Aspekte jedoch in „Sorge“, denn Daten zu psychischen Erkrankungen oder Daten aus deren Behandlung sind ganz besonders schützenswerte Daten.

Der BDP hat zu den Themen ,elektronische Patientenakte' (ePA) und ,E-Evidence-Verordnungs-Entwurf' eine kritische Resolution verfasst und mit großer Mehrheit auf seiner Delegiertenkonferenz im November 2021 verabschiedet.

Diese Resolution möchten wir Ihnen hiermit gerne zukommen lassen.



Der BDP möchte seine Expertise in diesem Prozess aktiv einbringen, um gute und tragfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Daher würden wir ein Gespräch mit Ihnen zu den geplanten gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die elektronische Patientenakte und die Rolle von Daten zum Bereich psychischer Erkrankungen und deren Behandlung sehr begrüßen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meltem Avci-Werning
Präsidentin BDP

PS: Zur Kenntnis, dass die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Frau Dr. Kappert-Gonther, ebenfalls ein Schreiben von uns erhalten hat.

Anlage: BDP-Resolution

Der BDP wurde vor 75 Jahren gegründet. Ihm gehören bundesweit rund 11.000 Mitglieder an. Er ist als anerkannter Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit. Der BDP vertritt die beruflichen Interessen niedergelassener, selbstständiger und angestellter/beamteter Psychologinnen und Psychologen aus allen Tätigkeitsbereichen.